

Entwicklungspolitik Kompakt



Nr. 10, 31. März 2014

Erhöht der Klimawandel das Risiko von innerstaatlichen Gewaltkonflikten?

Autor: Dr. Stefan Lindemann (KfW), Prof. Dr. Matthias Basedau (GIGA)

Redaktion: Annemie Denzer

Die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels werden seit einigen Jahren heftig diskutiert: Prominente Politiker wie US-Präsident Barack Obama warnen vor Gewaltkonflikten als Folge des Klimawandels, bekannte Publizisten wie Harald Welzer oder Gwynne Dyer beschwören die Gefahr von „Klimakriegen“, und auch in der Friedens- und Konfliktforschung ist die Zahl der Publikationen zum Thema sprunghaft gestiegen.

Konkret wird befürchtet, dass langfristige Temperaturanstiege und Niederschlagsvariationen im Kontext des Klimawandels zu einer Verschlechterung der natürlichen Lebensbedingungen führen (Wassermangel, Bodendegradation etc.) und so gewaltsame Verteilungskonflikte um knappe Ressourcen auslösen. Das prominenteste Beispiel für diese unterstellte Wirkungskette ist der Bürgerkrieg in Darfur, der von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon als der erste Klimakrieg des neuen Jahrtausends bezeichnet wurde.

Aber beeinflussen Klimavariablen wie Temperatur und Niederschlag wirklich das Risiko von innerstaatlichen Gewaltkonflikten?

Klimawandel und innerstaatliche Gewalt

Die viel diskutierte Meta-Analyse „*Quantifying the influence of climate on human conflict*“ (2013) von Solomon Hsiang und Kollegen berücksichtigt 32 Studien für den Zeitraum nach 1950 und kommt zu dem Ergebnis, dass Temperaturanstiege das Risiko von innerstaatlichen Gewaltkonflikten – Bürgerkriege und nicht-staatliche Konflikte – signifikant erhöhen. Sollte die globale Durchschnittstemperatur bis zum Jahr 2050 tatsächlich um 2°C bis 4°C steigen, könnte sich den Autoren zufolge die Häufigkeit von Gewaltkonflikten in einigen Regionen um bis zu 50% erhöhen.

Diese Ergebnisse sind allerdings stark umstritten. Kritiker bemängeln insbesondere

fragwürdige statistische Methoden und eine tendenziöse Auswahl von Daten, da Studien mit gegenteiligen Ergebnissen in der Meta-Analyse nicht berücksichtigt worden seien. Ähnlich kontrovers diskutiert wird weiterhin die Studie „*Warming increases the risk of civil war in Africa*“ (2009), die ebenfalls einen Zusammenhang zwischen Temperaturanstiegen und einem höheren Bürgerkriegsrisiko findet.

Mehr Einigkeit besteht im Hinblick auf die Auswirkungen von Niederschlagsvariationen. So deutet eine ganze Reihe von Studien darauf hin, dass Niederschlagsabweichungen nach oben und unten die Gefahr von Bürgerkriegen in Subsahara Afrika – aber auch darüber hinaus – signifikant erhöhen. Allerdings gibt es auch hier erhebliche methodische Kontroversen und gegenteilige empirische Ergebnisse.

Deutlich robuster ist der Befund, dass Regenfällenanomalien das Risiko von Gewaltkonflikten ohne staatliche Beteiligung erhöhen: Nicht-staatliche Gewaltkonflikte in Afrika treten sowohl in niederschlagsarmen als auch niederschlagsreichen Jahren deutlich häufiger auf. Interessanterweise ist dabei offenbar nicht Niederschlagsarmut, sondern vielmehr Niederschlagsreichtum der gewichtigere Risikofaktor. Bestes Beispiel für dieses Phänomen sind Gewaltkonflikte um Viehdiebstähle (*cattle raiding*) in Ostafrika, welche signifikant häufiger in niederschlagsreichen Perioden vorkommen.

Kein Zusammenhang scheint dagegen zu bestehen zwischen dem Auftreten von extremen Wetterereignissen (Stürme, Flut etc.) und dem Risiko von innerstaatlicher Gewalt. Und auch Faktoren wie Wasserknappheit und Bodendegradation, die häufig mit dem Klimawandel verbunden werden, beeinflussen die Gefahr von innerstaatlichen Gewaltkonflikten nach bisherigem Erkenntnisstand nicht.

Die Bedeutung anderer Risikofaktoren

Große Einigkeit besteht darüber, dass Klimaveränderungen vor allem in jenen Staaten eine destabilisierende Wirkung entfalten können, die auch andere anerkannte Risikofaktoren für innerstaatliche Gewaltkonflikte aufweisen. Zu letzteren zählen unter anderem eine große Bevölkerung, ein niedriges Pro-Kopf Einkommen, geringes Wirtschaftswachstum, schwache Sicherheitsapparate sowie die politische und sozioökonomische Marginalisierung ethnischer Gruppen. Bislang deutet alles darauf hin, dass diese anderen Risikofaktoren deutlich mehr Gewicht haben als die genannten Klimavariablen. Einigen Studien zufolge verschwindet der Effekt der Klimavariablen sogar gänzlich, sobald andere Risikofaktoren berücksichtigt werden.

Fazit

Auch wenn die Wissenschaft noch weit von einem Konsens entfernt ist, gibt es inzwischen einige Hinweise darauf, dass Temperaturanstiege und insbesondere Niederschlagsanomalien das Risiko von innerstaatlicher Gewalt erhöhen. Ein fortschreitender Klimawandel könnte daher zu einem ernstzunehmenden Sicherheitsrisiko werden. Dennoch sind alarmistische Warnungen vor „Klimakriegen“ unangebracht, da eine Gewalteskalation immer nur im Zusammenspiel mit anderen, oft wichtigeren Risikofaktoren zu erwarten ist.

Gefährdet sein dürften zukünftig vor allem diejenigen Länder, die einerseits erheblichen Klimaveränderungen ausgesetzt sind, und andererseits eine geringe ökonomische und politische Anpassungsfähigkeit aufweisen. Derartige „Klima-Hotspots“ finden sich vor allem am Horn von Afrika, in West- und Zentralafrika sowie in Südasien.

In diesen Regionen ist nicht zuletzt auch die Entwicklungszusammenarbeit gefordert. Um Verteilungskonflikte um knappe natürliche Ressourcen zu entschärfen, bedarf es eines multisektoralen Maßnahmenbündels zur Anpassung an den Klimawandel (Bereitstellung von Infrastruktur, Förderung der Ernährungssicherheit, Schaffung von alternativen Einkommensmöglichkeiten etc.). Ebenso wichtig ist aber die Förderung von inklusiven politischen und ökonomischen Institutionen. ■